

Berlin, 05. Juli 2010



Beschluss des Bundesvorstands **Swift-Abkommen ablehnen**

Diese Woche soll das sogenannte SWIFT-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über die Weitergabe von Bankdaten im Europäischen Parlament abgestimmt werden. In der vergangenen Woche hatte das Abkommen durch das Abnicken auch der deutschen Bundesregierung im EU-Ministerrat bereits die erste Hürde genommen. Wenn es nach Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen geht, wird nun auch das EU-Parlament zustimmen. Mit dem geplanten Abkommen werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Europa eingeschränkt und die Bestimmungen für den Schutz persönlicher Daten unterlaufen. Sensible Banktransaktionsdaten – auch von vollkommen Unbeteiligten – sollen in großen Paketen an amerikanische Antiterrorbehörden zur Analyse übermittelt werden. Nachdem eine frühere Fassung des Abkommens im Frühjahr diesen Jahres vom Europäischen Parlament in letzter Minute gestoppt werden konnte, scheint sich bei der jetzigen Neuauflage kaum noch Widerstand zu regen. Damals hatten sich alle Parteien für einen stärkeren Datenschutz in Europa und weltweit ausgesprochen, heute jedoch wollen Konservative, Sozialdemokraten und selbst Liberale dem Abkommen mit nur minimalen Änderungen zustimmen. Damit wäre die letzte Chance zum Stopp der unverhältnismäßigen Massendatenweitergabe verspielt.

Das nun vorliegende SWIFT-Abkommen enthält substantielle Eingriffe in das europäische Datenschutzrecht und in rechtsstaatliche Prinzipien. Es ist unverhältnismäßig und muss daher zwingend abgelehnt werden. Die grundlegenden Kritikpunkte, die das Europaparlament, wir Grüne und selbst die deutsche Bundesregierung im Vorfeld einer neuen Fassung des SWIFT-Abkommens angebracht hatten, werden durch die nun zur Abstimmung vorliegende Fassung nicht ausgeräumt. Weiterhin sollen die Daten in großen Paketen übermittelt und in den USA für fünf Jahre gespeichert werden. Eine juristische Überprüfung der Frage, welche Daten tatsächlich zur Terrorbekämpfung notwendig sind, bleibt aus. Der Rechtsschutz für Betroffene einer Datenweitergabe wird ohne rechtsverbindliche Zusagen auf das deutlich schwächere Niveau des US-Rechts abgesenkt. Auch werden im neuen Abkommen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung über Dauer der Datenspeicherung und Verhältnismäßigkeit der Datenübermittlung wie auch klare Vorgaben der EU-

Grundrechtecharta augenscheinlich unterlaufen. All dies widerspricht unseren Anforderungen und Vorstellungen von einem tragfähigen Abkommen zur besseren Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung. Auch für uns Grüne ist die Schaffung von Sicherheit im transatlantischen Verhältnis wichtig. Allerdings nur auf der Basis geltender Prinzipien, die einen Zugriff der Behörden auf persönliche Daten der Bürgerinnen und Bürger lediglich im begründeten Einzelfall und bei umfassenden Informations- und Rechtsschutzregelungen ermöglicht.

Noch im April hatte die selbst ernannte Bürgerrechtspartei FDP dies selbst in einem Parteitagbeschluss als Mindestanforderungen an ein neues SWIFT-Abkommen formuliert. Obwohl nun keine ihrer Forderungen abschließend berücksichtigt wurden, unternahm die Partei und allen voran die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger keinerlei Versuche, einen Stopp des Abkommens im Rat zu erwirken oder dort zumindest eine hörbare Kritik einzubringen. Neben den zahlreichen Ausfällen in anderen Politikfeldern müssen wir daher feststellen, dass es in der schwarz-gelben Bundesregierung derzeit keine Stimme für Bürgerrechte gibt. Die konservativen Hardliner der europäischen Sicherheitspolitik haben somit auch in Zukunft leichtes Spiel.

Doch auch die Sozialdemokraten müssen sich fragen lassen, weshalb ihnen der Datenschutz und der Schutz der Bürgerrechte an dieser Stelle so wenig wert ist. Hatten sich die europäischen Sozialdemokraten und allen voran ihr Fraktionsvorsitzender Martin Schulz noch als Bürgerrechtler erster Klasse präsentiert, als es um die Ablehnung des SWIFT-Abkommens im Februar ging, so scheinen sie vor der jetzigen Entscheidung auf Druck der spanischen Ratspräsidentschaft und dem dortigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten José Zapatero bereits widerstandslos eingeknickt zu sein.

Wir Grüne werden auch dieses Mal das SWIFT-Abkommen im Europäischen Parlament ablehnen. Es beinhaltet keine Verbesserungen im Bereich Datenschutz. Deswegen appellieren wir gleichzeitig an die anderen Fraktionen, diesem Abkommen in seiner jetzigen Form ebenfalls die Zustimmung zu verweigern. Bürgerrechte und Datenschutz gehören nicht nur in europäische Sonntagsreden, sondern müssen Fundament europäischen Selbstverständnisses und Politik sein. Als Grüne begrüßen wir daher den Vorstoß der EU-Justizkommissarin Vivienne Reding für ein transatlantisches Datenschutzabkommen im Sicherheitsbereich, in dessen Gestaltung wir uns aktiv einbringen werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments: Lehnen Sie das SWIFT-Abkommen auch diese Woche ab!